

## "Nicht die Chance verpatzen" in Die Zeit (9. März 1990)

**Quelle:** Die Zeit. 09.03.1990, n° 11. Hamburg.

**Urheberrecht:** (c) Die Zeit

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"nicht\\_die\\_chance\\_verpatzen"\\_in\\_die\\_zeit\\_9\\_marz\\_1990-de-57b76764-c414-4760-99ff-268d537f3357.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 18/09/2012

## Nicht die Chance verpatzen

Auf dem Weg zur deutschen Einheit haben wir schon viel Porzellan zerschlagen / Von Helmut Schmidt

Die deutsche Einheit wird kommen - aber welche Schatten wirft dieser Prozeß voraus! Zunächst sollen die beiden deutschen Staaten miteinander reden, danach diese beiden mit den vier Siegermächten. Doch die Formel „zwei plus vier“ ist ohne Substanz, sie beschränkt sich auf die Prozeduren. Weil die Inhalte und erst recht die angestrebten Ergebnisse der beiden Verhandlungen unklar und weitgehend kontrovers sind und weil keine Mechanismen verabredet wurden, in denen die übrigen Nachbarn Deutschlands ihre Interessen zur Geltung bringen können, legten sie zwangsläufig auch gegen die Formel Protest ein.

Wenn auch nach außen zumeist gemäßigt, so doch in der Forderung eindeutig, verlangen inzwischen Dänemark, Holland, Belgien, Italien, Polen und die Tschechoslowakei, beteiligt zu werden. Die Regierungschefs oder die Staatspräsidenten unserer Nachbarländer stehen dabei seit Helmut Kohls Zehn-Punkte-Programm unter einem ständig zunehmenden Druck ihrer politischen Klasse. Darüber hinaus schlägt auch die veröffentlichte Meinung unserer Nachbarstaaten einen zunehmend kritischeren und schärferen Ton an - so auch in Amerika. Die Gefahr einer psychologischen Isolierung Deutschlands zeichnet sich ab.

Ein Teil der Beunruhigung rings um uns herum war seit Ende August 1989 vorherzusehen, seit nämlich unsere Nachbarn erkannten, aus der jahrelang von ihnen mitgetragenen Forderung nach Selbstbestimmung für unsere Nation werde möglicherweise schon bald - und entgegen der jahrelangen Erwartung - Wirklichkeit werden. Doch die übrigen Besorgnisse und Ängste sind erst durch eine Reihe deutscher Ungeschicklichkeiten entstanden.

Daran waren in erster Linie der Bundeskanzler und sein außenpolitischer Berater, in zweiter Linie der Außenminister, in dritter Linie weitere Politiker der drei tragenden Parteien des Bundestages beteiligt, außerdem die sich öffentlich hörbar in die Außenpolitik einmischenden Präsidenten des Bundesverfassungsgerichtes und der Bundesbank - und schließlich viele Journalisten, Professoren und andere Personen, die öffentliche Meinung machen.

Diese Fehler müssen dingfest gemacht werden. Nicht um anzuklagen - noch nicht! -, sondern um weiterem Fehlverhalten unserer politischen Repräsentanten vorzubeugen. Es ist schon viel Porzellan zerschlagen worden. Das Verhältnis zwischen Paris und Bonn ist seit vielen Jahren nicht so kühl gewesen; der Argwohn der nichtkommunistischen Kräfte in Warschau war seit Jahren nicht so groß.

Franzosen und Polen sind unsere wichtigsten Nachbarn. Die französische Nation ist die einzige, die in den Augen all unserer anderen Nachbarn die deutsche Einheit legitimieren kann. Niemand unter unseren Nachbarn wird der Einheit Deutschlands zustimmen, sofern sie ohne klare Rechtsgarantie für den Bestand der polnischen Westgrenzen und gegen den Willen der Polen versucht würde.

### Vertrauen gefährdet

Die West-Verschiebung der polnischen Nation geschah gegen deren Willen, dabei wurden ebenso viele Polen aus ihrer Heimat vertrieben wie Deutsche. Weil der Bundeskanzler immer wieder die Polen verstehen ließ, daß er sich Hintertüren offenhalten wollte, um entweder doch noch - wenn auch mit friedlichen Mitteln - die deutsch-polnische Grenze zu verändern oder um für ihre Anerkennung und Garantie auf anderen Feldern politische Zugeständnisse einzuhandeln, befestigte er in der Seele des polnischen Volkes einen bleibenden Verdacht. Damit richtete er einen weit schlimmeren Schaden an als mit dem Vorschlag, sich auf dem Annaberg mit Mazowiecki zu treffen, oder als mit dem Provinztheater der Vorbereitung seines Polen-Besuches im vorigen Jahre.

Die Gegensätze zwischen Kohl und Genscher in der Grenzfrage, die Widersprüche zwischen Kohls Reden in Paris und seinen Worten zu Hause - in Wahrheit ein auf die bayerischen und die Bundestagswahlen gerichteter Opportunismus - konnten nicht einmal die Berufsfunktionäre der Vertriebenenverbände und die Schönhubers täuschen; aber die Polen und viele unter unseren anderen Nachbarn reagierten mit Schrecken.

Und wenn Stresemann als der einzige Staatsmann der Weimarer Epoche gefeiert wird, dann erinnern sich die Polen sehr wohl daran, daß Gustav Stresemann zwar sein Lucarno mit den Franzosen gewollt und zustande gebracht, daß er aber ein Ost-Locarno mit den Polen strikt abgelehnt hat. Ohne dies zu wollen - vielleicht ohne dies zu erkennen -, drückte Kohl die nichtkommunistischen Polen an die Seite der Sowjetunion.

Seit Jahrzehnten sind die Franzosen unsere Freunde - von Monnet und Schuman über de Gaulle bis zu Giscard d'Estaing und Mitterrand. Frankreich ist unser wichtigster Verbündeter geworden. Früher haben wir keinen einzigen wichtigen Schritt ohne vorherige Abstimmung mit Paris getan, ob es sich um die Helsinki-Schlußakte und deren Vorbereitung handelte oder um Gespräche mit Breschnjew, um den Nato-Doppelbeschluß, um die Bekämpfung des Terrorismus oder um die Schaffung der Weltwirtschaftsgipfel oder des Europäischen Rates der Regierungs- und Staatschefs oder den Beitritt der Mittelmeerstaaten zur EG: Der Europäische Rat hat oft bis tief in die Nächte freundschaftlich und sehr persönlich beraten, ehe die Regierungschefs ihren Beamten die erforderlichen Weisungen gaben. Wir haben uns aber in der EG auch förmlich zur außenpolitischen Zusammenarbeit verpflichtet.

Die bevorstehende Einheit Deutschlands wirft Fragen von weit größerer Bedeutung auf als die oben beispielhaft in Erinnerung gerufenen. Nichts wäre heute wichtiger als eine laufende Abstimmung unserer Deutschlandpolitik unter den zwölf EG-Staaten, denn Deutschland muß vorhersehbar und kalkulierbar bleiben!

Es mag falsch gewesen sein, daß unser Außenminister 1989 öffentlich und auch im diplomatischen Verkehr ein „Gesamtkonzept“ des Westens verlangt hat; es war jedenfalls dann höchst gewagt, solange Bonn selbst kein Gesamtkonzept anzubieten hat. Wer sich - zuletzt noch Ende letzten Jahres auf dem Straßburger Gipfel - jahrelang dagegen sträubt, eine gemeinsame Zentralbank und eine gemeinsame Währung der EG zu schaffen, weil angeblich deutsche Inflationsängste dagegen stehen (in Wahrheit aus falsch verstandenen deutschen Interessen an der internationalen Stellung der Deutschen Mark!), um im Februar 1990 eine Währungsunion mit der DDR auszurufen, der läßt jegliches „Gesamtkonzept“ vermissen. Er gefährdet überdies das Vertrauen unserer Nachbarn in unsere Glaubwürdigkeit.

### **Kein klares Echo aus Bonn**

Das vereinigte Deutschland wird 78 Millionen Menschen umfassen. Auch wenn das Bundeskanzleramt öffentlich von der angeblich bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit der DDR schwatzt, zugleich öffentlich Hilfsbereitschaft ankündigt, ohne der DDR aber irgendeine Hilfe zu geben (die ein zige Substanz, die Modrow samt seinen sechzehn Ministern von Bonn mit nach Hause nehmen konnte, war die Einsetzung einer währungspolitischen Kommission), so wissen all unsere Nachbarn doch instinktiv, daß die 78-Millionen-Volkswirtschaft sich noch innerhalb dieses Jahrhunderts zur weit überragenden Volkswirtschaft Europas entwickeln wird. Diese Erwartung löst Ängste aus; denn in den neunziger Jahren wird politische Macht der Staaten nicht von den Armeen ausgehen, sondern von der industriellen und finanziellen Leistungsfähigkeit.

Die Besorgnisse unserer Nachbarn können nur durch die volle wirtschaftliche, währungspolitische und außenpolitische Einbettung Deutschlands in die EG abgefangen werden! Dazu bedarf die EG der inhaltlichen und der strukturellen Vertiefung und Befestigung. Dazu bedarf die EG aktiver, vorwärts drängender deutscher Mitwirkung. Schädlich hingegen wäre eine schnelle Erweiterung der EG durch viele neue Mitglieder. Jacques Delors' Vorschläge gingen in die richtige Richtung - ein klares Echo aus Bonn blieb leider aus.

Die Staatslenker unserer Nachbarn haben die Sorgen, mit ihrer Kritik einen neuen deutschen Nationalismus auszulösen; deshalb wird ihre Kritik bisher - mit Ausnahme von Margaret Thatcher - nur moderat und oft nur unter der Hand geäußert. Tatsächlich aber geht das Wort vom „Anschluß“ um, den Kohl anscheinend beabsichtigt. Dabei sind die Vergleiche mit Bismarck allzu schmeichelhaft; denn es geschah ja erst nach Bismarck, daß Wilhelm II., Caprivi, Tirpitz, Bethmann Hollweg und andere Deutschland in die Isolierung

manövrierten, ohne es zu wollen und ohne es zu bemerken.

„Der innerste Kern unserer Deutschlandpolitik ist die Erhaltung der Einheit der Nation“, so habe ich 1982 in meiner letzten Rede als Bundeskanzler vor dem Bundestag gesagt. Es ist uns Deutschen, in Ost und West tatsächlich geglückt, die Einheit über vierzig Jahre lang im Bewußtsein zu halten, deshalb rückt heute die staatliche Einheit als baldige Realität vor unsere Augen. Welch ein Glück für uns alle! Welch ein Glück auch für den heutigen Kanzler.

Am Ende dieses fürchterlichen Jahrhunderts hat unser Volk abermals eine Chance eingeräumt bekommen. Wir können sie für unser moralisch gerechtfertigtes Ziel der staatlichen Gemeinsamkeit nur dann nutzen, wenn wir uns dem Ethos einer von pragmatischer Vernunft nüchtern gesteuerter Politik anvertrauen. Wenn wir über der Solidarität mit unseren Landsleuten in der DDR die Solidarität mit unseren Nachbarn nicht vergessen. Wenn kein Nachbar an der Aufrichtigkeit und an der Einhaltung unserer Worte zweifeln muß. Und wenn wir uns willig einfügen in die Gemeinschaft der Völker.